

# **Stark. Solidarisch. Modern.**

**Positionspapier der Landesgruppe Rheinland-Pfalz in  
der SPD-Bundestagsfraktion**

## **Inhalt**

<b>Einleitung</b> .....	2
<b>Gute Arbeit – Starke Wirtschaft</b> .....	2
Gute Arbeit durch eine starke Wirtschaft.....	3
<b>Ländlicher Raum</b> .....	6
Gesundheitsversorgung für alle – individuelle Lösungen für Rheinland-Pfalz .....	6
Städte im ländlichen Raum stärken .....	6
Bezahlbare und klimafreundliche Wärme .....	6
Mehr bezahlbarer Wohnraum .....	7
Mobilität .....	7
<b>Sozial und sicher</b> .....	9
Äußere Sicherheit .....	9
Innere Sicherheit .....	9
Häusliche Gewalt entgegenwirken .....	10
Soziale Sicherheit.....	10

## **Einleitung**

Rheinland-Pfalz ist ein starkes und erfolgreiches Bundesland. Mit der drittniedrigsten Arbeitslosenquote in Deutschland, einem stabilen industriellen Kern und der hohen Innovationskraft unserer Unternehmen ist Rheinland-Pfalz ein resilienter und vielseitiger Wirtschaftsstandort. Im Herzen Europas gelegen, hat sich unser Bundesland in den letzten dreißig Jahren zu einem DER wirtschaftlichen Boom-Regionen der Bundesrepublik entwickelt. Doch wir überzeugen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch durch Lebensqualität: Die Menschen leben hier gerne und engagieren sich wie in kaum einer anderen Region – sei es in Sportvereinen, dem Technischen Hilfswerk, der Freiwilligen Feuerwehr oder in traditionellen Vereinen. Dieses Engagement der Bürgerinnen und Bürger macht Rheinland-Pfalz zu einem lebenswerten Bundesland.

Dennoch leben wir nicht auf einer Insel der Glückseligen: Auch Rheinland-Pfalz spürt den Druck durch den wirtschaftlichen Strukturwandel und die Herausforderungen des Klimawandels. Die Kluft zwischen ländlichen Gebieten und städtischen Zentren wächst, bezahlbarer Wohnraum wird rar, und der Leerstand in Innenstädten von Geschäftsimmobilien nimmt zu. Als sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete wollen wir mit diesem Positionspapier zur anstehenden Bundestagswahl verdeutlichen, wofür wir als Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler stehen und welche bundespolitischen Rahmenbedingungen für uns in Rheinland-Pfalz nötig sind, damit unser Land stark und lebenswert bleibt.

## **Gute Arbeit – Starke Wirtschaft**

Die SPD ist und bleibt die Partei der Arbeit. Wir setzen uns für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land ein. Die Arbeitswelt steht, wie die Wirtschaft, vor einem tiefgreifenden Wandel. Mit dem Austritt der sogenannten Baby-Boomer aus dem Erwerbsleben fehlen zunehmend Fachkräfte, die durch nachfolgende Generationen nicht vollständig ersetzt werden können. Der Fachkräftemangel bedroht unseren wirtschaftlichen Erfolg. Für uns bedeutet Fachkräftesicherung daher eine gute und faire Arbeitsmarktpolitik. Wir brauchen starke Gewerkschaften, die ordentliche Tarifverträge mit guten Löhnen aushandeln. Die Sozialpartnerschaft sowie die flächendeckende Tarifbindung wollen wir durch ein bundesweites Tarifreuegesetz weiter stärken.

Eine der Lösungen für den Fachkräftemangel ist eine pragmatische und ideologiefreie Einwanderungspolitik. Wir haben in der letzten Legislaturperiode bereits viel erreicht, doch es bleibt noch viel zu tun. Die Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsabschlüsse muss weiter beschleunigt und vereinfacht werden. Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss flexibler gestaltet werden. Der Erwerb von Sprachkenntnissen soll berufsbegleitend erfolgen und die Arbeitserlaubnis von ausländischen Fachkräften darf nicht an ein einzelnes Unternehmen gebunden werden. Dies stärkt in unzumutbarem Maße die Macht der Arbeitgeber und erhöht das Potenzial für Ausbeutung.

Menschen aus dem Ausland, die in Deutschland arbeiten möchten, sollen auch bei einem Wechsel des Arbeitgebers eine verlässliche Bleibeperspektive erhalten. Sie brauchen die gleiche berufliche Freizügigkeit wie deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Grundsätzlich gilt: Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen wir die Erfolge Deutschlands als Einwanderungsland in den Vordergrund zu stellen. Menschen mit Migrationshintergrund bereichern unser Land und tragen mit ihrer Arbeitskraft erheblich zum Wohlstand von Rheinland-Pfalz bei.

Die Digitalisierung und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) werden die Arbeitswelt grundlegend verändern. Die damit verbundenen Sorgen und Ängste von Beschäftigten nehmen wir sehr ernst und wissen, dass viele Branchen eine Transformation durchleben müssen. Diese Entwicklungen bieten Chancen für sichere, gut bezahlte Arbeitsplätze und eine nachhaltige Fachkräftesicherung – vorausgesetzt, Beschäftigte werden über die betriebliche Mitbestimmung ordnungsgemäß beteiligt und

gemeinsam entwickelte Weiterbildungsstrategien werden rechtzeitig und zielgerichtet umgesetzt. Daher müssen wir verstärkt Qualifizierungsangebote und -strukturen für Auszubildende, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sowie Betriebe gleichermaßen schaffen. Lebensbegleitendes Lernen für Alle muss selbstverständlich werden.

Auch die Arbeitsbedingungen verändern sich: „*New Work*“ ist längst keine bloße Modeerscheinung mehr, sondern gelebte Realität. Daher müssen flexible Arbeitsmodelle wie Home-Office, Workation oder Leisure Travel rechtssicher gestaltet werden, um Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sowie Beschäftigten die nötige Flexibilität und Souveränität für individuelle Regelungen im Unternehmen zu geben.

Als sozialdemokratische Abgeordnete bekennen wir uns zum Arbeitsschutzgesetz. Aber in der Gastronomie, bei Veranstaltungen und Festivals besteht oft ein Spannungsverhältnis zwischen dem Schutz der dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und den besonderen Anforderungen an die Arbeitszeiten. Daher setzen wir uns für eine gezielte Flexibilisierung der Arbeitszeiten, z.B. durch eine flexible Wochenarbeitszeit mit zulässigen Spitzenzeiten, für bestimmte Sektoren und in Abstimmung mit den Sozialpartnern ein.

Die Sicherung von Fachkräften erfordert auch eine gezielte Unterstützung von Frauen. Noch immer übernehmen sie den Großteil der familiären Sorgearbeit, wodurch ihr berufliches Potenzial oft ungenutzt bleibt. Daher brauchen sie bessere Möglichkeiten um qualifizierte und vermehrt auch Vollzeitnahe Tätigkeiten auszuüben. Wir setzen uns dafür ein, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu verbessern und die sogenannte „Teilzeitfalle“, die besonders viele Frauen betrifft, entschlossen zu bekämpfen. Hierzu gehören bekannte Themen wie Kinderbetreuung oder gleichwertige Bezahlung, aber auch der Mutterschutz für Selbstständige und die Familienstartzeit bei Geburt eines Kindes.

Eine moderne Arbeitsmarktpolitik bedeutet auch die gleichberechtigte Teilhabe aller am Arbeitsleben. Erfolgreiche Inklusion leistet einen großen Beitrag für die Sicherung von Fachkräften. Zugleich wollen wir junge Menschen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, gezielt auf ihrem weiteren Lebensweg unterstützen und ihnen eine Ausbildung ermöglichen. Keiner darf zurückgelassen werden.

Aber auch das Arbeitsumfeld für Auszubildende hat sich geändert. Wir müssen Ausbildungsberufe weiterentwickeln und zusammen mit den Sozialpartnern Lerninhalte modernisieren und digitalisieren. Für viele junge Menschen im ländlichen Raum sind zudem die Arbeitswege- und die Wege zu den Berufsschulen eine große Herausforderung. Neben der Fortführung des Deutschlandtickets benötigen wir geförderten Wohnraum für Auszubildende – am Ausbildungsplatz und, wenn nötig, an den Berufsschulen. Denn: Die Sicherung von Fachkräften beginnt mit der Ausbildung.

### Gute Arbeit durch eine starke Wirtschaft

Rheinland-Pfalz ist ein wirtschaftlich erfolgreicher Standort mit einer vielfältigen Unternehmenslandschaft – vom innovativen Mittelstand über die Gesundheitswirtschaft bis hin zur Land- und Forstwirtschaft. Wir stehen zugleich für High-Tech, Pharma und Dubbe-Glas. Doch gerade als Industrieland mit seinen starken Sektoren wie Chemie und Grundstoffindustrie, Maschinenbau und Fahrzeugindustrie, einem hohen Mittelstandsanteil und einer Exportquote von knapp 60 Prozent, ist Rheinland-Pfalz von globalen Transformationsprozessen besonders betroffen. Um konkurrenzfähig zu bleiben, müssen wir uns auf Bereiche konzentrieren, in denen Innovation möglich ist und kein uneinholbarer Vorsprung anderer Länder besteht. Das schließt Innovation in bestehenden Wertschöpfungsketten und erfolgreichen Industriebranchen sowie unserer Grundstoffindustrie mit ein. Mit dem Industriestrompreis-Paket sorgen wir dafür, dass die geringen Stromkosten der Erneuerbaren Energien auch bei der Industrie ankommen. Neben der bereits erfolgten Finanzierung der EEG-Umlage aus dem Bundeshaushalt und

der Absenkung der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe, gehören dazu insbesondere eine planbare Stabilisierung der Netzentgelte, eine Fortführung und Ausweitung der Strompreiskompensation sowie beschleunigte Netzanschlussverfahren.

Wasserstoff ist unerlässlich für klimaneutrales Wirtschaften und für die Zukunft des Industriestandortes Rheinland-Pfalz elementar. Chemie-, Pharma- oder verarbeitender Sektor sind dringend darauf angewiesen, dass der Hochlauf schnellstmöglich umgesetzt und die Verteilernetze – länderübergreifend – ausgebaut werden. Dabei dürfen wir nicht nur auf grünen Wasserstoff setzen. Wir müssen übergangsweise anderen CO<sub>2</sub>-neutralen Wasserstoff (blau oder türkis) nutzen. Vor allem die Grundstoff- und Chemieindustrie braucht schnelle und ideologiefreie Lösungen, um global wettbewerbsfähig zu bleiben, innovative und klimaneutrale Lösungen umzusetzen und unseren industriellen Kern zu stärken.

Um die notwendige Transformation der Industrie und unserer Wirtschaft zu schaffen, sind für uns Mitbestimmung und Tarifverträge wichtige Bausteine. Es ist ein großer Vorteil, die Kompetenz der Beschäftigten und der Sozialpartner auch in der Transformation zu sichern und zu stärken. Angesichts der durch Digitalisierung erweiterten Möglichkeiten zur Verlagerung von Arbeit und Standorten bedarf es einer Erweiterung der Mitbestimmungsrechte von Interessensvertretungen. Bei allen Umwälzungs- und Veränderungsprozessen in der Welt muss die soziale Frage jedoch weiterhin zentral bleiben: Tarifbindung und allgemeinverbindliche Tarifverträge sind ein Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und kennzeichnen die Stärke des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz und Deutschland. Gleichzeitig müssen wir die Wirtschaftsförderung von Unternehmen an soziale Bedingungen wie Tarifbindung, Arbeitsplatzertand und Standortgarantie knüpfen.

Zugleich fordern wir nicht nur den Abbau der Bürokratie, sondern auch eine bedarfsgerechte Ausstattung der Planungs- und Genehmigungsbehörden. Genehmigungsverfahren müssen gestrafft und vollständig digitalisiert werden. Fördermittel sollen schnell und unbürokratisch ausgezahlt werden, damit Unternehmen flexibel auf neue Herausforderungen reagieren, investieren und Wertschöpfung generieren können.

Gründerinnen und Gründer von Startups leisten einen wichtigen Beitrag für unseren künftigen Wohlstand. Damit mehr Menschen Unternehmen gründen, brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen – in Städten wie im ländlichen Raum. Besonders für Rheinland-Pfalz mit seinen „Hidden Champions“ und dem Mittelstand, dem wirtschaftlichen Rückgrat unseres Landes, gilt es, Startups im ländlichen Raum zu fördern und Synergien zu nutzen. Nur wenn wir „Old“ und „New“ Economy zusammendenken, stärken wir die Industrie und schaffen nachhaltig gut bezahlte Arbeitsplätze.

Daher muss für Start-ups und die Games-Branche der Zugang zu (Risiko-) Kapital und öffentlichen Ausschreibungen erleichtert- und diese zielgerichtet unterstützt werden – sofern sie sich zur betrieblichen Mitbestimmung und Tarifverträgen bekennen. Vor allem Ansätze in der Games-Branche können innovative Beiträge zur industriellen Anwendung sein. Dasselbe gilt für die Entwicklung und Nutzung der Künstlichen Intelligenz (KI) in der Industrie, der Arbeitswelt und der Mobilität. Kaiserslautern ist schon heute einer der Leuchttürme für KI in Deutschland und Europa. Daher wollen wir den Standort stärken und die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft in Kaiserslautern fördern.

Eine starke Gesundheitswirtschaft ist zentral für die Versorgungssicherheit – und Rheinland-Pfalz hat die besten Voraussetzungen. Gute Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung – zum Beispiel durch das Helmholtz-Zentrum für Altersforschung in Mainz – fördern Innovation und sichern die einheimische Arzneimittelversorgung. Dabei setzen wir auf eine zuverlässige Infrastruktur, digital verfügbare, sichere Gesundheitsdaten mit praktikablem Datenschutz und den Ausbau des Gesundheits-, Pharma- und Biotech-Cluster. Unser Ziel ist es, Rheinland-Pfalz zur Pharma- und Gesundheitsregion Nr. 1 in Deutschland und Europa zu machen.

Rheinland-Pfalz ist auch ein Land mit einer einzigartigen jahrhundertealten Kulturlandschaft. Weinbau und Tourismus sind wichtige Säulen der regionalen Wertschöpfung. Daher fordern wir eine zentrale Stelle auf Bundesebene, etwa eine Staatssekretärin oder einen Staatssekretär für Tourismus im Wirtschaftsministerium, um die Förderung des Tourismus bundesweit besser zu koordinieren und die Tourismusmarke Deutschland national und international zu stärken.

Wir stehen an der Seite unserer Winzerinnen und Winzer. Denn viele unserer Weinbaubetriebe befinden sich gerade in einer strukturellen Krise. Aufgrund des globalen Überangebots brauchen wir dringend marktentlastende Maßnahmen: Abbau der Bürokratie, die Honorierung der geleisteten Umweltschutz- und Klimaleistungen oder eine Unterstützung des Exports in Drittländer könnten den Weinbau in Rheinland-Pfalz stärken. Zugleich stellt der Weintourismus eine weitere Einkommensquelle für Weinbaubetriebe dar.

Unsere Wälder sind echte Multitalente: Sie versorgen uns mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz, schützen Klima und Biodiversität, stabilisieren den Wasserhaushalt und bieten Raum für Erholung, Freizeit und Bildung. Die kommunalen und privaten Waldbesitzer in Rheinland-Pfalz leisten damit einen wertvollen Beitrag für den ländlichen Raum.

Angesichts der Klima- und Biodiversitätskrise ist es entscheidend, unsere Wälder zu arten- und struktureichen Mischwäldern umzubauen. Nur so können sie auch in Zukunft ihre vielfältigen Ökosystemleistungen erbringen.

Die Ernährungswende beginnt in unserer Region. Wir wollen regionale und nachhaltige Wertschöpfungsketten, von der Erzeugung über die Verarbeitung bis zur Vermarktung stärken und die Grundlagen für eine regionale und umweltfreundliche Lebensmittelversorgung legen. Dies geht nur mit und nicht gegen die Landwirtinnen und Landwirte, die in einem erheblichen Maße für den Erhalt unserer Kulturlandschaft sorgen.

Letztendlich ist uns eines bewusst: Um gute Arbeitsplätze zu erhalten, die Transformation unserer Wirtschaft erfolgreich zu gestalten und unseren Wohlstand zu bewahren, braucht es vor allem Investitionen. An diesem Punkt brauchen wir keine Ideologie und keine reine Lehre, sondern Pragmatismus mit wirtschaftspolitischem Sachverstand. Wir müssen die Schuldenbremse reformieren und Infrastrukturfonds aufsetzen, um die Investitionen in die Infrastruktur und den klimaneutralen Umbau unserer Wirtschaft zu sichern. Nur so werden wir unseren Wohlstand auch für kommende Generationen erhalten.

## Ländlicher Raum

Rheinland-Pfalz ist ein ländlich geprägtes Bundesland. Viele Dörfer und Gemeinden sehen sich mit Herausforderungen wie Abwanderung, einem schleppenden Glasfaserausbau oder einem Mangel an Ärztinnen und Ärzten konfrontiert. Wir bekennen uns klar zum ländlichen Raum und setzen uns für seine weitere Förderung ein. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass bestimmte Förderkonzepte nicht eins zu eins übertragbar sind – individuelle Lösungen müssen stärker in den Fokus rücken. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl sind höhere Investitionen in ländliche Regionen notwendig, um langfristig positive Effekte zu erzielen. Auch deshalb setzen wir uns gemeinsam mit der Rheinland-pfälzischen Landesregierung, die ihrer Verantwortung hier bereits nachgekommen ist, für eine fortgesetzte Alt-schuldenlösung durch den Bund ein, damit die Kommunen handlungsfähig bleiben und die Lebensqualität der Menschen bewahrt werden kann.

## Gesundheitsversorgung für alle – individuelle Lösungen für Rheinland-Pfalz

Die SPD hat zentrale Fortschritte für eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung erreicht: Die Krankenhausreform sichert die Versorgungsqualität und eine stabile Finanzierung von Krankenhäusern – gerade im ländlichen Raum. Mit dem E-Rezept, der elektronischen Patientenakte und der Telemedizin wurden entscheidende Schritte umgesetzt, die den Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle erleichtern. Diese Entwicklungen verkürzen Wege, reduzieren Wartezeiten und bringen die Versorgung dorthin, wo sie gebraucht wird. In Zukunft wollen wir ambulante und stationäre Angebote noch stärker regional vernetzen und verzahnen, um eine wohnortnahe und individuelle Versorgung sicherzustellen.

Um die Gesundheitsversorgung langfristig zu sichern, setzen wir uns für die Förderung kommunaler medizinischer Versorgungszentren und die Weiterentwicklung neuer Versorgungsmodelle ein. Insbesondere wollen wir die frauenärztliche und kinderärztliche Versorgung stärken. Zudem müssen die Medizinstudienplätze erhöht werden und starre NC durch mehr geeignete Auswahlverfahren ersetzt werden, um dem steigenden Bedarf an Ärztinnen und Ärzten gerecht zu werden, der durch den demografischen Wandel und die veränderten Arbeitszeitmodelle in der Ärzteschaft entsteht. Kurzfristig sollen Zuschüsse für Praxisübernahmen in ländlichen Räumen, sowie der Ausbau von Telemedizin und Digitalisierung zur Stabilisierung der Versorgung beitragen.

## Städte im ländlichen Raum stärken

Wir wollen dabei helfen, dass sich Städte in ländlichen Räumen klimaresilient und zukunftsfähig entwickeln können. Sie sollen als Wohnstandorte attraktiv sein und den umliegenden Gemeinden als wichtiges Versorgungszentrum dienen. Innenstädte, die sich z.T. über viele Jahrhunderte entwickelt haben, müssen erhalten und gestärkt werden. Dabei gilt es insbesondere durch eine Strategie der Leerstandsaktivierung die bestehenden baulichen Strukturen zu nutzen und zu verbessern. Das Programm „Gewerbe zu Wohnen“ ist ein Beispiel für die Förderung neuer Nutzungskonzepte.

Um die Lebensqualität in unseren Städten zu sichern, setzen wir uns dafür ein, dass vielfältige Förderprogramme erhalten bzw. neu aufgelegt werden. Diese sollen die Kommunen dabei unterstützen, sich auf den Klimawandel vorzubereiten, als Wohn-, Gewerbe- und Kulturstandorte attraktiv zu bleiben bzw. attraktiver zu werden und ein gutes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungen gewährleisten.

Die Innenstädte in den rheinland-pfälzischen Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Statt Leerstand wünschen wir uns lebendige Innenstädte, die für unsere Bürgerinnen und Bürger attraktiv sind. Dabei sehen wir weiterhin den Bund in der Verantwortung, Förderprogramme und Unterstützungsleistungen bereitzustellen.

Zugleich möchten wir die zahlreichen gastronomischen Betriebe als Orte der Begegnung in den Innenstädten und im ländlichen Raum erhalten. Aus diesem Grund unterstützen wir Überlegungen, einen einheitlichen Steuersatz für die Gastronomie einzuführen.

### Bezahlbare und klimafreundliche Wärme

Unser Ziel als SPD ist es, dass Menschen auch in Zukunft ihre Wohnungen zuverlässig und bezahlbar heizen können. Daher haben wir die Wärmewende so gestaltet, dass klimafreundliches Heizen überall möglich und erschwinglich bleibt. In den Verhandlungen zum Heizungsgesetz haben wir uns für eine Vielfalt klimafreundlicher Heiztechniken eingesetzt, darunter die nachhaltige Holzenergie, welche für den ländlichen Raum außerordentlich wichtig ist. Mieterinnen und Mieter sollen durch neue Heizungen nicht übermäßig belastet werden; daher haben wir Mietanpassungen begrenzt und Heizkostenzuschüsse eingeführt.

Die Bauindustrie verursacht erhebliche Treibhausgasemissionen und einen hohen Ressourcenverbrauch. Holzbau bietet eine klimaschonende Alternative mit hervorragenden Dämmeigenschaften. Der Bund fördert dies mit der Holzbau-Strategie; Rheinland-Pfalz unterstützt bereits mit dem Holzbau-Cluster Leuchtturmprojekte. Wir setzen uns für eine höhere Holzbauquote im Wohn- und Gewerbebau, bei Aufstockungen und Sanierungen und Verdichtung in ganz Deutschland ein.

### Mehr bezahlbarer Wohnraum

Die SPD hat dafür gesorgt, dass der Bund in den nächsten Jahren Rekordsummen für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellt. Die Zahl an Sozialwohnungen muss weiter gesteigert werden. Generell wollen wir deutlich mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Um schneller, unkomplizierter und kostengünstiger zu bauen, ändern wir das Baugesetzbuch. Insbesondere auf dem Land ist das Eigenheim oft die angestrebte Lösung. Wir haben daher Förderprogramme auf den Weg gebracht, die u.a. junge Familien dabei unterstützen, neu zu bauen oder ältere Häuser zu kaufen und zu sanieren. Diese Förderungen müssen fortgesetzt und ausgebaut werden, damit sie sich etablieren können und möglichst viele Menschen erreichen. Um Mieterinnen und Mieter zu entlasten, fordern wir im Einklang mit dem DGB zudem, dass die Grundsteuer aus den Betriebskosten herausgenommen und durch den Vermieter bezahlt wird.

Um stabile und bezahlbare Mieten in angespannten Wohnungsmärkten zu gewährleisten, ist eine dauerhafte Verankerung und Ausweitung der Mietpreisbremse erforderlich. Diese Maßnahme trägt entscheidend dazu bei, den Wohnraum für alle Mietenden in überlasteten Märkten zugänglich zu halten. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften sorgen dabei nicht nur für langfristig günstigen Wohnraum, sondern prägen auch den Sozialraum in den Quartieren mit ihren vielfältigen Angeboten weit über das Wohnen hinaus entscheidend mit. Wir wollen kommunale Wohnungsbaugesellschaften bei diesen Aufgaben stärker unterstützen.

### Mobilität

Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur ist für den ländlichen Raum unerlässlich. Viele Menschen in Rheinland-Pfalz pendeln täglich – auch in andere Bundesländer oder ins Ausland. Daher stellen wir uns als sozialdemokratische Abgeordnete vorbehaltlos hinter das Deutschland-Ticket. Dieses Ticket ist nicht nur ein großer Erfolg für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), sondern entlastet auch aktiv Pendlerinnen und Pendler in unserem Bundesland.

Es steht jedoch auch fest, dass wir massiv in die Bahn und den ÖPNV investieren müssen. Dabei geht es nicht um pauschale Lösungen, sondern um innovative Ansätze, die vor Ort entwickelt und mit ausreichend Zeit und Planung etabliert werden müssen. Besonders wichtig ist es, die sogenannte "letzte Meile" zu schließen und dafür zu sorgen, dass auch abgelegene Regionen gut angebunden sind.



Darüber hinaus müssen wir in zunehmendem Maße Bahnstrecken elektrifizieren und zweigleisig ausbauen – davon kann auch der Güterverkehr profitieren. In enger Zusammenarbeit mit der Landesregierung müssen zudem Bahnstrecken identifiziert werden, die schnellstmöglich reaktiviert werden können, um das Netz weiter zu stärken und den ÖPNV noch attraktiver zu machen.

In den kommenden Jahren brauchen wir eine Lösung für die durch den Güterverkehr entstehende Lärmbelastung im Weltkulturerbe Mittelrheintal. Alternativrouten wurden aufgezeigt – jetzt gilt es Entscheidungen zu treffen. Und diese heißt für uns: Wir brauchen die Alternativroute! Jetzt!

Gleichzeitig müssen die Regelungen zur Maut im ländlichen Raum angepasst werden. Gewerke, die in der Versorgung tätig sind – wie beispielsweise rollende Supermärkte oder Fahrzeuge karitativer Einrichtungen – sollten die gleichen Sonderregelungen wie das Handwerk für 3,5-Tonnen-Fahrzeuge erhalten. Für viele Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum ist das Auto nach wie vor unverzichtbar. Daher lehnen wir nicht grundsätzlich jede Form der Maut für den Straßenverkehr ab, sondern müssen vielmehr darüber nachdenken, wie die steigenden Spritpreise für die Menschen im ländlichen Raum abgefedert werden können.

Darüber hinaus ist es notwendig, die E-Mobilität massiv zu fördern und den Ausbau der Ladeinfrastruktur voranzutreiben. Ein dichtes Netz an Ladesäulen ist insbesondere in touristischen Gebieten erforderlich, um die Akzeptanz der Elektromobilität zu steigern. Außerdem müssen wir sicherstellen, dass Schnellladesäulen an jeder Tankstelle – besonders entlang den Autobahnen – verfügbar sind, damit Elektrofahrzeuge schnell und unkompliziert aufgeladen werden können.

## Sozial und sicher

Als rheinland-pfälzische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben wir ein umfassendes Verständnis von Sicherheit, das weit über klassische Sicherheitsfragen hinausgeht. Wir verbinden traditionelle Sicherheitspolitik mit den sozialen Herausforderungen unserer Zeit. Denn soziale Ungleichheit, Armut und fehlende Bildungschancen tragen erheblich dazu bei, Spannungen und Konflikte innerhalb unserer Gesellschaft zu verstärken. Unser Ziel ist es, Sicherheit nicht nur als Schutz vor Gefahren zu verstehen, sondern als Grundlage für ein gerechtes und solidarisches Zusammenleben. Die Menschen in unserem Land erwarten von uns, dass Sie sicher vor Gewalt, sicher vor Armut und sicher vor dem sozialen Abstieg sind.

### Äußere Sicherheit

Die Bundeswehr ist ein fester Bestandteil von Rheinland-Pfalz. Viele Soldatinnen und Soldaten leben und arbeiten in unserem Bundesland. Zahlreiche Kommunen profitieren wirtschaftlich sowie gesellschaftlich von der Präsenz unserer Armee. Rheinland-Pfalz spielt zudem eine bedeutende Rolle für unsere Verbündeten: Noch immer wird unser Land als „Flugzeugträger der NATO“ bezeichnet. Besonders die enge Verbindung mit den USA zeigt sich in den zahlreichen schönen Erinnerungen, die viele US-Amerikanerinnen und Amerikaner an Ramstein und die Westpfalz haben.

Doch es sind nicht nur Orte wie Ramstein, die Rheinland-Pfalz geostrategisch unverzichtbar machen. In Idar-Oberstein und Baumholder werden ukrainische Soldatinnen und Soldaten ausgebildet, um sich gegen den russischen Angriffskrieg zu verteidigen und damit auch zu unserer Sicherheit beitragen. In Koblenz befindet sich neben dem Bundeswehrkrankenhaus auch das Beschaffungssamt der Bundeswehr – eine zentrale Institution für die Modernisierung unserer Streitkräfte. Damit ist Rheinland-Pfalz essenziell für die Sicherheit Deutschlands und die Sicherung unseres Platzes in der NATO.

Als SPD-Landesgruppe bekennen wir uns zur Zeitenwende und zur Unterstützung der Ukraine gegen den barbarischen Angriffskrieg Russlands. Gleichzeitig wissen wir, dass wir alles tun müssen, um im Ernstfall vorbereitet zu sein. Rheinland-Pfalz wird dabei auch zukünftig eine zentrale Rolle spielen.

### Innere Sicherheit

Mehr als 10.000 Polizistinnen und Polizisten sorgen täglich für Sicherheit in Rheinland-Pfalz. Unser Bundesland gehört zu den Spitzenreitern bei der Aufklärungsquote. Diesen hohen Standard möchten wir auch auf Bundesebene etablieren. Deshalb bleibt die optimale Ausstattung, Ausrüstung und Unterbringung der Bundespolizei für uns eine zentrale Priorität.

Der Neubau in Kandel steht kurz vor der Fertigstellung, und die Planungen für das Bundespolizeirevier in Mainz schreiten voran – gemeinsam mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser setzen wir uns für einen zügigen Baubeginn ein.

Die rheinland-pfälzische Polizei hat durch Maßnahmen wie die Einführung von Tasern, Bodycams und „pre-recording“-Funktionen nicht nur die Sicherheit der Einsatzkräfte erhöht, sondern auch mehr Rechtssicherheit geschaffen. Diese positiven Beispiele wollen wir für eine flächendeckende Ausstattung und vergleichbare Befugnisse der Bundespolizei nutzen.

Zugleich gibt es bei der Bundespolizei und dem Technischen Hilfswerk (THW) erheblichen Sanierungsbedarf. Wir kämpfen weiterhin für angemessene Renovierungen und Neubauten. Besonders beim THW hat das Fahrzeug-Beschaffungsprogramm während der Corona-Jahre zu Platzproblemen geführt. Diesem begegnen wir mit gezielten Bauprogrammen, die wir auch in Zukunft, etwa aus konjunkturellen Gründen, weiter ausbauen werden.

## Häusliche Gewalt entgegenwirken

Frauen verdienen besonderen Schutz in unserer Gesellschaft, da sie immer noch häufig Opfer von zu meist männlicher Gewalt werden. Wir bekennen uns klar zur Istanbul-Konvention, die den Schutz von Frauen gewährleistet. Daher fordern wir, dass der Bund seine Verantwortung wahrnimmt, die Kapazitäten der Frauenhäuser erweitert und weitere Schutzräume schafft, sowie Kooperationen mit (kommunalen) Wohnungsbaugesellschaften eingeht. Besonders in Rheinland-Pfalz besteht hier erheblicher Nachholbedarf. Gleichzeitig brauchen wir auf Bundesebene das Gewalthilfegesetz, für ein verlässliches Hilfesystem bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt sowie einem kostenfreien und niedrigschwelligen Zugang zu Schutz- und Beratungseinrichtungen.

## Soziale Sicherheit

Wer viel arbeitet und trotzdem nicht genug zum Leben hat, ist nicht glücklich und wird häufig krank. Das betrifft Menschen im Erwerbsleben, genauso wie Rentnerinnen und Rentner. Besonders gefährdet sind ältere Frauen und Alleinerziehende. Wir haben bereits viele Maßnahmen umgesetzt, um die Armutsgefährdung für viele zu reduzieren. Dazu gehören die Einführung und Anhebung des Mindestlohns, die Einführung und Anpassung des Wohngelds sowie die Erhöhung des Kindergeldes, des Kinderfreibetrags und des Steuerfreibetrags.

Um Altersarmut zu vermeiden sind gute, auskömmliche Renten wichtig. Wir bleiben bei unserer Forderung, dass wir die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung ausbauen müssen. In diese einheitliche Versicherung sollen alle Erwerbstätigen einzahlen. Es würde Leistungen und Ansprüche vereinheitlichen und die Regelungen vereinfachen.

Gute Rentenpolitik ist aber vor allem gute Arbeitsmarktpolitik. Nur ein stabiler und starker Arbeitsmarkt mit guten Tarifverträgen führt zu einer starken gesetzlichen Rentenversicherung. Deswegen ist die Förderung der Fachkräfte und die Aktivierung des Fachkräftepotenzials im In- und Ausland so wichtig. Dies beinhaltet die Weiterbildung von Geringqualifizierten zu unterstützen und die Rahmenbedingungen für Frauen in der Arbeitswelt zu verbessern. Außerdem müssen Minijobs so ausgestaltet werden, dass sie ab dem ersten verdienten Euro sozialversicherungspflichtig sind.

Prävention und Rehabilitation sind gesundheitliche Instrumente, die wir gleichzeitig zur Aktivierung des Fachkräftepotentials, zur Stärkung des Arbeitsmarktes auch als arbeitsmarktpolitische Instrumente begreifen müssen. Nur wer gesund ist und bleibt, kann einer Erwerbstätigkeit nachgehen, sich um familiäre Verpflichtungen kümmern, gut altern und, vor allem, glücklich sein. Wir setzen uns dafür ein, dass die hohe Anzahl von Anträgen zur Erwerbsminderungsrente dadurch sinkt, dass die Menschen gar nicht erst krank werden. Dazu gehören die bereits erwähnten Punkte der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum. Zusätzlich sind betriebliche Maßnahmen wichtig. Wir möchten Arbeitgebende verpflichten, gesunde Arbeitsbedingungen sicherzustellen. Für die Umsetzung ist ein umfassendes Betriebliches Gesundheitsmanagement notwendig. Deshalb möchten wir insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) dabei unterstützen, dies erfolgreich umzusetzen, um die Gesundheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu schützen und diese zu unterstützen.

Dazu gehört auch, dass die hausärztliche Versorgung ausgeweitet wird und der Ü-45-Check für Menschen über 45 Jahren flächendeckend verbreitet wird.

Wer seinen Arbeitsplatz verliert, muss sich auf den Sozialstaat verlassen können. Unser Sozialstaat ist fest im Grundgesetz verankert und bietet Sicherheit in schwierigen Zeiten. Ein Schicksalsschlag kann jede\*n treffen – genau dafür ist der Sozialstaat da. Er ist Ausdruck unserer Solidarität: Wir stehen füreinander ein, gerade wenn es mal nicht rund läuft. Daher stehen wir auch hinter den Grundprinzipien des Bürgergelds als Brücke in den Arbeitsmarkt. Mit Fokus auf Qualifikation und nachhaltige Integration in Erwerbsarbeit bildet es eine Weiterentwicklung des bisherigen Sozialstaatsmodells. Zugleich

fordert es Mitwirkungspflichten ein und bleibt eine Leistung auf Augenhöhe zwischen den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Jobcentern.

Wir bedauern jedoch, dass die Akzeptanz in Teilen der Bevölkerung gering ist, insbesondere wegen der Diskussionen um Regelsatzerhöhungen. Künftig sollen Anpassungen transparenter und nachvollziehbarer erfolgen, ähnlich wie Rentenanpassungen. Gleichzeitig sind die verbesserten Hinzuerdienstmöglichkeiten und neue Förderansätze – etwa Weiterbildungsgeld und Jobcoaching – ein wichtiger Schritt, um Arbeit attraktiver zu machen und langfristige Perspektiven zu schaffen.

In Rheinland-Pfalz kennen wir das Prinzip des Familiencoachings schon länger. Es war die Blaupause mit dem das Coaching im Bürgergeld geformt wurde.

Das Bürgergeld ist keine bedingungslose Leistung, sondern ein Instrument zur Integration in den Arbeitsmarkt. Förderung und Forderung gehören zusammen, und Sanktionen bei Pflichtverletzungen müssen verhältnismäßig bleiben.

Programme wie das Teilhabechancengesetz und gezielte Maßnahmen für Langzeitarbeitslose oder Geflüchtete sind essenziell. Um das System effizienter zu gestalten, fordert die SPD-Landesgruppe Rheinland-Pfalz eine Evaluation sowie eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Jobcenter, um die Arbeitsmarktintegration konsequent zu stärken. Gerade in den vergangenen Jahren konnten wir sehen, welche herausragende Leistung von der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern geleistet wird. Wir sind gut durch die Jahre der Pandemie gekommen und haben, trotz Fachkräftemangel, einen starken Arbeitsmarkt.

Als sozialdemokratische Abgeordnete aus Rheinland-Pfalz stehen wir für eine Gesellschaft des Zusammenhalts, der Solidarität und des Respekts ein. Unser Sozialstaat ist ein großer Erfolg. Unser Ziel ist es, niemanden zurückzulassen und allen Menschen in unserem Land ein gutes und auskömmliches Leben zu ermöglichen. Hierfür brauchen wir eine starke Wirtschaft, gute Arbeitsplätze und Respekt vor der Leistung aller Menschen in diesem Land.